

Inhaltsübersicht

Vorwort	19
Einleitung	21
KAPITEL 1: Staatliche Herrschaft im Übergang zum industriellen Kapitalismus	27
KAPITEL 2: Bürokratie als Herrschaftsapparat	55
KAPITEL 3: „Gemeinwohl“, Eigentum und „Ehre“ – Handeln und Gestus der Beamten bei der Vermittlung von allgemeinen mit parti- kularen Interessen	83
KAPITEL 4: Die Zwangsorgane in ihrer „Situation“	143
KAPITEL 5: Krisenhafte Zuspitzungen: „Tumult“, „Aufruhr“ und „Militäranforderung“	283
KAPITEL 6: Zusammenfassung: „Festungspraxis“ – Zur Pathologie bürokratischer Erfahrung in Preußen	323
KAPITEL 7: Ausblick: Staatliche Gewaltksamkeit, Gewaltform und Herr- schaft – Zu den Handlungschancen und Handlungsgrenzen der Bürokratie	348
Verzeichnis der Abkürzungen	357
Anhang	358
Exkurs	360
Archivalien- und Literaturverzeichnis	366
Bildquellennachweis	387
Summary	388

Inhalt

Vorwort	19
Einleitung	21
KAPITEL 1: Staatliche Herrschaft im Übergang zum industriellen Kapitalismus	27
1.1 Zur Gleichzeitigkeit von symbolischer und physischer Gewalt	27
„Staat“ als Monopol legitimer Gewaltsamkeit (27), strukturelle Verminderung staatlicher Gewaltsamkeit? (30), Formen des Mechanismus „sanfte Gewalt“ (33), zur Innenseite von Gewalt: „Selbstzwang“ (36), Konzept „Habitusformen“ (38), These der Arbeit: Gleichzeitigkeit von Gewaltformen in der Herrschaftspraxis (39)	
1.2 Funktionen und Handlungsweisen staatlicher Bürokratie am preußischen Beispiel	41
Kapitalistische Entwicklungspfade: „Pionierrolle“ Englands und „rule of law“ (42), „relative Rückständigkeit“ und bürokratische Kontrolle in Preußen (45), Rolle des Staats und der Bürokratie bei der gesellschaftlichen Mobilisierung (49)	
1.3 Bewahrung staatlicher Sicherheit und gesellschaftlicher Ordnung: „Festungspraxis“ als Handlungsmuster der Beamten. Zur Problemstellung der Arbeit	51
Drei „wesentliche Veränderungen“ der Staatstätigkeit (J.G. Hoffmann, 51), „bürgerliche Freiheit“ und Zwang zur Sicherung (52), Polizei als inneres Militär: „Kampf gegen Feinde“ (53), These der Arbeit: „Festungspraxis“ (54)	
KAPITEL 2: Bürokratie als Herrschaftsapparat	55
2.1 Institution als Prozeß – Zum Zusammenhang von Normen und Handlungsweisen	55

2.1.1	Behördenstruktur und Beamtenschaft nach 1815	56
	Kollegial- und Präfektursystem (57), Stellung der Ländräte (59), Handlungssituationen und alltägliche Umsetzung: Rolle der „niederen Beamten“ (61), Problematik der Rekrutierungsforschung (61)	
2.1.2	Deutungsweisen in der Bürokratie: Die „Praxis ist eine leitende“	62
	Wahrnehmungs- und Handlungsorientierung durch „Deutungsweisen“ (63), Abgrenzung gegenüber „Habitusformen“ (64), Vermittlung von Normen und Handeln in einem zeitgenössischen Lehrbuch: K.H. Hagen (65)	
2.2	Administrative Handlungsorientierung: Die Dialektik von Selbststeuerung und „Systemgrenze“	67
2.2.1	Der Polizeibegriff: Zum Modus administrativer Rechtfertigung	67
2.2.1.1	Der Polizeibegriff I: Die Einheit von Sicherheits- und Wohlfahrtspolizei	67
	Unschärfer Polizeibegriff und „unzählbares Heer“ von Polizeiverordnungen (Friese, 68), Sicherheits- und Wohlfahrtspolizei (v. Rönne, 69), Polizeidiskussion Ende des 19. Jhdts. (70), Polizeiparagraph des ALR (70), Sicherheit als Basis von Wohlfahrt: v. d. Heyde, Bielitz (72)	
2.2.1.2	Der Polizeibegriff II: „Gemeinwohl“ und bürokratische Definitionsmacht	74
	Affirmation und Kritik (Th. Janke, J.G. Schlosser, 75), Legalität als zweitrangiger Legitimitätsgrund (76), „Ermessen“ der unteren „Offizianten“ (77), Definitionsspielräume für Zwecke und Modus der Polizei (78), Formen administrativ-polizeilichen Handelns: Flexibilität und Repressivität (79), „Zwangsmittel“ – die Polizei als „fliegende Kohorte“ (G. Zimmermann, 81)?	
KAPITEL 3: „Gemeinwohl“, Eigentum und „Ehre“ – Handeln und Gestus der Beamten bei der Vermittlung von allgemeinen mit partikularen Interessen		83
3.1	„Gemeinwohl“: Interessenartikulation und geselliger Verkehr	83

3.2	Mobilisierung der gesellschaftlichen Ressourcen: Das Institut des Eigentums und die Interessen der Eigentümer	86
	Reformmotive (87), Mobilisierung durch Freisetzen von Privat-Eigentum (89), Mehrschichtigkeit des Eigentums-Begriffes: E. F. Klein (91), Eigentum: Verfügungstitel und Herrschaftssymbol (93), heterogene Eigentümerinteressen – „Ordnung“ als gesellschaftlicher und administrativer Bezugspunkt (95)	
3.3	Eigentum und Armut: Zu den Bedingungen des „Nationalwohlstandes“	99
	Eigentum: privater und öffentlicher Nutzen (100), Eigentumssicherung als primäre Aufgabe der Beamten (101), Armut: Folge selbstverschuldeter „Faulheit“ oder Bedingung des privaten und „Nationalwohlstandes“ (L. Krug, M. K. F. W. Grävell, J. G. Hoffmann, 102)	
3.4	Armut als administratives Problem: Krise der Hausindustrie und „Frechheit“ der Armen	106
3.4.1	Die Lage im Kreis Paderborn im Winter 1835/36	106
	Berichterstattung des Landrates: Krise der Hausindustrie (107), Verkürzung auf die gefährdete „Sicherheit“ (113)	
3.4.2	Zur Perspektive der vorgesetzten Behörde: Stellungnahmen aus dem Regierungspräsidium Minden	113
	Prüfungsarbeiten eines Landratskandidaten und Voten zum Thema: Maschinerie und Handspinnerei (114), Verarmung und Marktsystem (115), Abhilfe: Zwanghafte „Erziehung zum Besseren“ (116)	
3.4.3	Die Verschränkung von Eigentum und Sicherheit: Administrative Entdifferenzierung gesellschaftlicher Probleme als Konsequenz	116
3.5	Administrative „Ehre“, Selbst-Darstellung der Beamten und privater Vorteil. Zu den Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlicher Nutzen- und Kostenabwägung	119
3.5.1	Ein Konflikt in einem Regierungspräsidium I	121
	Die Auseinandersetzung um die Streckenführung der Oberschlesischen Eisenbahn (Regierungspräsident Graf v. Pückler vs. Oberregierungsrat Ewald, Regierungspräsidium Oppeln, 1840)	
3.5.2	Ein Konflikt in einem Regierungspräsidium II	126
	Konjunktur, Arbeitslosigkeit und die „Kosten“ wirtschaftlicher Entwicklung (Pückler vs. Ewald, 1843), „Gewerbeförderung“ (131), „Armenpolizei“ (131)	

3.5.3	„Ehre“ der Beamten: Disziplin im Innern – Distanz nach außen	133
3.5.4	„Interessenlose“ Beamte? Zur Balance von „Eigentum“ und „Ehre“	138
3.6	Eigentumsschutz als Ordnungssicherung. Verschränkung und Verinnerlichung der Handlungsimperative in der bürokratischen Deutungsweise	140
	Doppelbedeutung von Eigentum und Ordnung (141), Personen- und Eigentumsschutz als Basis des „gemeinen Wesens“ (C. Garve, 142)	
KAPITEL 4: Die Zwangsorgane in ihrer „Situation“		143
4.1	Der polizeiliche Zugriff	143
4.1.1	Handlungsregeln und „Ermessen“	143
	Hemmnisse bei der Förderung der Eigentümer (143), Rekapitulation: Sicherung von Eigentum als Fluchtpunkt (146), Breite der Polizei-Aufgabe und „Zwangsmittel“ (146), „höhere Sicherheitspolizei“ (147), Identifikation der „gefährlichen Menschen“: zur polizeilichen „Willkürgewalt“ (148)	
4.1.2	Die lokalen „Offizianten“ und ihr Handlungsfeld	149
	Polizei-Diener: Rekrutierung (149), Besoldung (150), täglicher Dienst: Unbill und Härte (152), weitere „Offizianten“ (156), Polizeiverfassung (156), Gendarmerie (157), Krieg gegen „Feinde“ (159)	
4.1.3	Der „ewige Zirkel“: Polizeiliche Selektion als soziale Entdifferenzierung	159
	„Verdächtige“ Klassen und Schichten (160), „Polizei der Schankwirtschaften“ (169), Argwohn gegen „Zusammenrottungen“ (171), Kontrolle der „Fremden“ (173), Problematik der polizeilichen Statistik: regionale Verhaftungszahlen (175)	
4.1.4	„Rechtsstaat“: Die Legitimierung sozialer Entdifferenzierung durch administrative Willkür und Gewalttätigkeit . . .	178
	Besondere Gewaltverhältnisse: Gesinde (178), Werkstätten (180), Korrektur von „Fehlgriffen“? (180), die „Gefährlichen“ – ein zirkuläres Stereotyp (181), doppelbödigter Rechtsstaats-Anspruch: der Fall des Landrats v. Wittenburg/Neustadt-OS, 1844–46 (184)	

4.1.5	Der Ausbau der präventiven Repression: Der gefährliche „Traum ... der arbeitenden Bevölkerung“	190
	Eisenbahnarbeiter (191), organisatorische Veränderungen nach 1850 (193), Kontinuität der Polizeistandards (194), Beamte als Privat-Polizei (195), Schußwaffengebrauch (196)	
4.1.6	Polizeigerichtsbarkeit und Prügelstrafe	196
4.1.6.1	Die „natürliche Grenze“ zwischen Polizei- und Justiz-Gerichtsbarkeit – Aspekte einer „offenen“ Grenze . .	196
	„Summarisches Verfahren“ (197), Abgrenzungsprobleme im Staatsrat, 1826 (198), Polizeigerichtsbarkeit auf dem „platten Land“ (199), in den Städten (201), Bestätigung der gutsherrlichen Kompetenz, 1827 (203)	
4.1.6.2	Imaginäre „Gleichheit vor dem Gesetz“ und „Mischung“ der Gewalten	205
	Staatsrats-Plädoyer für rasches Sanktionieren der „kleinen Sünden“ (205), zur sozialen Kontur: Argwohn vor den Besitzlosen (206), Aspekte der Ent-differenzierung: Gleichsetzung von „mutwilligen Buben“ mit „Anstiftern“ eines „Auflaufs“ (207), Freiheits- oder Körperstrafen (208), auf der lokalen Ebene: Okkupieren von Zuständigkeiten (208)	
4.1.6.3	Gutsherrliche Polizeigerichtsbarkeit: Zur Legalisierung der Gleichsetzung von privaten mit „allgemeinen Interessen“ . .	209
	Kompetenz der Inhaber der Gutsherrschaft „in eigener Sache“ (210), allgegenwärtiges Recht zu „mäßiger Züchtigung“ (212), Fall des Dorfschulzen Reinhardt/Reg.-Bez. Danzig, 1828 (213)	
4.1.6.4	Zur Räson der administrativen Definitionsmacht in der Polizeigerichtsbarkeit	215
4.1.6.5	Die Bedeutung des „Rechtsstaats“-Anspruchs: Medium des bürokratischen Diskurses – Willkürbegrenzung als Nebenprodukt	217
	Erfahrungen der Beherrschten (218), Spielräume für die „Herren der (lokalen) Lage“ (218), All-Zuständigkeit nicht in vollem Umfang zu normieren: Diebstahlsbestrafung – zur Petition der schlesischen Ritterschaft, 1828 (219)	
4.1.6.6	„Etwas über Prügel“: Züchtigung zur „Besserung“	221
	„Liebhabelei“ und ihre sozialen Grenzen (221), Wirkungslose Versuche zur Einschränkung aus den Ministerien (222), Prügel-Instrumente (223), zum Erfahrungszyklus Geprügelter (224), „Hauptzweck: Besserung“ (225)	
4.1.6.7	Zur Kontinuität der Polizeigerichtsbarkeit nach 1850	226

4.1.7	Zwischenbilanz: Die Verknüpfung von Gewaltform und Rechtsform	227
4.1.8	Polizeiaufsicht und polizeiliche Verwahrung (Detention). . .	228
	Strafrechtliche und administrative Polizeiaufsicht: polizeiliches Ermessen aufgrund richterlicher Anordnung oder aus eigener Kompetenz (228), Detention: polizeiliches Beharren auf langen Fristen, 1830–33; Gesetz vom 6. Januar 1843 (229), Aufsicht als lebenslängliche Perspektive (233), ein Fall aus Westfalen (235), Hinweise zum quantitativen Umfang: Berlin, Posen (236), Fortbestehen nach 1850 (237)	
4.2	Der militärische Zugriff	238
4.2.1	Die Militärwachen	238
	Dislozierung der Truppen (238), Wachen-Reglements (239), Kompetenz zur „Arretierung bürgerlicher Personen“ (240), Wachendichte (241)	
4.2.1.1	„Beleidigungen“ der Wachen: „Moral“ der Truppe und Interessenausgleich zwischen Militär- und Zivilapparat . . .	242
	Reizbarkeit der Wachen (242), Verletzlichkeit der zeremoniellen Würde (243), Beschwerden der Militär-Kommandeure über Mißhandlung von Wachen (245), „Beweiskraft der Wachen“: Anträge auf Sonderregelung und -strafen (245), „Händel mit Soldaten“ (246)	
4.2.1.2	Zur Revolutionsfrucht der Militärs: Die Wachinstruktion als Mittel gegen gesellschaftliche „Neuerungssucht“?	248
	Memorandum des Kriegsministeriums, 1831 (249), kein direkter Erfolg – aber Regelungen zu: Tumulteinsatz, Waffengebrauch, Wachen 1835–44 (250)	
4.2.1.3	Die Norm: Wachen als „Hilfspolizei“ – Die Situation: Unklarheit und Entscheidungsvollmacht „vor Ort“	250
	Militär: Begrenzung des Wachdienstes (250), Unterschiede zwischen militärischem und zivilen Eingreifen: Staatsratsdebatte 1837 (251), Verhaftungen von Zivilpersonen (254), populäre Fassung für die Wachposten: „Soldatenkatechismus“ (256)	
4.2.1.4	Militärische „Hilfspolizei“ als ständige Polizei	256
	Eingreifsituationen und Verhalten der Wachen (257), geringe Kalkulierbarkeit der Wachen für „Verwaltete“ wie für Zivilbehörden (258)	
4.2.1.5	Widersetzlichkeit und administrative Gegenstrategie I: Versuche zur Sicherung der „Beweiskraft der Wachen“ . . .	259
	Widersetzlichkeit gegen „stehende Posten“ (259), erneuter militärischer Anlauf zur „Stärkung der Beweiskraft der Wachen“, 1843 (261), Voten von v. Boyen, v. Savigny (261), Graf v. Arnim (262), Verordnung von 1847 (262)	

4.2.1.6	Kompetenzkonflikt bei Interessenübereinstimmung. Das Problem der langwierigen Entscheidungsfindung	262
	Konflikt über Formen der staatlichen „Sicherung“ (262), Militärpräsenz: Drängen der Zivilverwaltung (263)	
4.2.1.7	Widersetzlichkeit und administrative Gegenstrategie II: „Bewußtes Zusammenwirken“ aller Herrschaftsorgane als neue Rechtfertigung der militärischen Sonderrechte	264
	Soldaten „repräsentieren die bürgerliche Ordnung“ (265)	
4.2.2	„Mitteilungen über Polizeisachen“: Lokaler Machtkampf, hierarchische Abschottung und Interventionen des Militärs	266
	Asymmetrische Informationspflicht (266), Beschwerde des Iserlohner Landrats Müllensiefen, 1820 (267), zu den Folgen: keine gemeinsamen Präventivplanungen in den 1840er Jahren (267), sicherheitspolizeiliche Initiative v. Müfflings 1832 (268), Posen: v. Röder, v. Grolman 1831 (269), „schiefe Berichterstattung“: Klage des Landrats v. Motz, Rawicz 1838 (270), zu den Stereotypen der militärischen Berichterstattung: v. Borstell: Koblenz, 1838 (271), v. Brandenburg: Jülich, Mai 1848 (272)	
4.2.3	Permanente Ausnahmesituation: Die Festungen	272
	Symbol und militärstrategische Bedeutung (273), Gneisenaus Instruktion für die Festungskommandanten 1808/09: ständige Vorsorge gefordert (273), Mobilisierungsvorbereitungen 1831: Evakuierungspläne im Westen (274), militärische Aufmerksamkeit gegenüber Zivileinwohnern: polizeilich-politische Unzuverlässigkeit? (277), Mißtrauen im Westen: besondere Patrouillen in Köln ab 1830 (278), allgegenwärtige militärische Befugnisse: Tore, Rayonbereiche, Wachen (279), Lage in kleinen Festungen: Intervention des Generalprokurators Ruppenthal 1832 (281), Wachinstruktion Minden 1844 (281)	
KAPITEL 5: Krisenhafte Zuspitzungen: „Tumult“, „Aufruhr“ und „Militäranforderung“		
		283
5.1	„Der Schutz des Staates im Ganzen“: Tumultkontrolle	283
5.1.1	Tumulttypen und Formen staatlichen Eingreifens	283
	„Auftritt“, „Auflauf“, „Tumult“, „Aufruhr“ (283), Ursachen für Straßenproteste (284), Ablaufschema des obrigkeitlichen Eingreifens (285)	
5.1.2	Eisenbahnbauarbeiter-„Tumulte“ und administratives Stereotyp: „Beaufsichtigung“ und Militär	287
	Verstärkter Militäreinsatz (287), folgenlose Debatten in den Ministerien über alternative Kontrollformen (287)	

5.1.3	Vorläufigkeit und Scheitern nicht-militärischer Repression	289
	Bis Anfang der 1830er Jahre: zivile Einsatzvorhaben (289), Mißtrauen der Administration gegen Bürgerbewaffnung (290), Scheitern des Bürgerwehrprojektes 1848/49 (291)	
5.2	Das militärische Einschreiten	291
5.2.1	Anforderungswege und Ablauf des Einschreitens	291
	Requisitionswege (291), Auftreten mit „geballter Macht“ (292), Waffengebrauch I: Norm (292), abweichendes Vorgehen gegen „Haufen“ in den linksrheinischen Gebieten – Regelung 1832 (293)	
5.2.2	Waffengebrauch, Taktik und Führung	294
	Waffengebrauch II: Einzelfälle (294), Gesetz vom 20. März 1837 (294), Taktische Routinen (295), Militärs: kein „Schein der Unsicherheit“ (296)	
5.2.3	„Zuverlässigkeit der Truppe“: Sicherheitspolizeiliche Aspekte von Rekrutierung und Stationierung	296
	Befehlshaber: „Truppe nicht erschüttern“ (297), Köln vs. Trier (297), Zwanganstalt Militär (298), kaum gefährdete Disziplin – geringer Garnisonwechsel in den 1840er Jahren (299), „Mischung“ der Rekruten (299), Garnisonwechsel bei Mobilisierungen, 1830–33, 1847 (300)	
5.2.4	Verzicht auf Prophylaxe: „Kräftige Behandlung“ im Notfall. Ein Wechselverhältnis	301
	Militär gegen weitere Streuung der Truppen (301), Entscheidungsvorbehalt der Offiziere (301)	
5.3	Eine Fallbeschreibung: „Tumulte“ der Krefelder Seidenweber und staatliche Repression (Oktober/November 1828)	302
	Ereignisse I: 25. Okt.–5. Nov. 1828 (302), Kabinettsordre vom 17. Okt. 1820 (308), Verordnung vom 31. Dez. 1798 (309), Handlungsmaximen, Deutungsweise und lokale Situation: Initiative bei den Beamten „vor Ort“ (310), Ereignisse II: 6. Nov.–26. Nov. (310), Situation und Verhalten des Landrats Cappe (312), Auseinandersetzung Militär-Zivil: Verbleib der Truppe? (313), Drängen der Zivilbehörden (314), Ereignisse III: 30. Nov.–4. Dez. (315), sozial-ökonomische Hintergründe: Berichterstattung der Regierung Düsseldorf (316), Lob des Ministers: Prämien an die Polizei-„Offizianten“ (317), für die „Unruhestifter“: Zuchthaus- und Geldstrafen, Polizeiaufsicht (317)	
5.4	Handlungsdruck: Gewaltvoller Zugriff als einziger Ausweg?	318
	Leerformeln von den administrativen Vorgesetzten (318), Polizei: „aufmerksamer“, aber „nie freudestörender Zuschauer“ (319), Beamte als Buridan'sche Esel? (319)	

5.5	Militäranforderung: Die Wiederherstellung des militärischen Letztentscheids 1820	320
	Antrag auf eindeutigere Festlegung für „Tumult“-Situationen: Pestel 1820 (320), „Lösung“: Kabinettsordre vom 17. Oktober 1820: Festschreiben der militärischen Definitionsmacht (321)	
	KAPITEL 6: Zusammenfassung: „Festungspraxis“ – Zur Pathologie bürokratischer Erfahrung in Preußen	323
6.1	Tägliche Gewähr für die „öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung“: Die Bekräftigung der militärischen Garantiemacht	323
	Funktionale Verschränkung von Zivil- und Militärapparat (323), Konfliktlinien zwischen Zivil- und Militärapparat (324), entscheidend: Praxis der lokalen „Offizianten“ (325)	
6.2	„Festungspraxis“: Die routinierte Gewalt der Bürokratie	326
	Äußere Disziplin (326), „Festungspraxis“ (327), Standards bei höheren Beamten: E. v. Bodelschwingh 1839 (328), „Festungspraxis“ und die Logik des Militärinstituts (331), erfolglose Überlegungen zu einer zivil-polizeilichen „Vollziehungsmacht“ (332), fortdauernde Kooperationsprobleme mit den Militärs: die Kabinettsordre von 1847 (333), Interessenparallelität ungeachtet der Differenz über angemessene Formen staatlichen Handelns (333), „Nachsicht“ und „bewaffnete Macht“: 1847 (334)	
6.3	„Festungspraxis“ als Militarisierung der Polizei und der inneren Verwaltung	335
	Polizeistaat – Militärstaat? (K. Heinzen, 336), Polizeistaat als Perversion des Militärstaates? (T. Fontane, 336), Gleichzeitigkeit polizeilicher und militärischer Mittel als Erfahrung der Beherrschten (337), Belagerungszustand als „Lokal-Polizeimaßregel“ (337)	
6.4	Aspekte des internationalen Vergleichs – Zur Bestimmung des preußisch-deutschen „Sonderweges“	339
6.4.1	England	340
	Institutionelle Trennung Polizei – Militär (340), verschärfte Repression seit der 2. Hälfte des 18. Jhdts.: Militäreinsatz (341), „new police“ (341), Armee als „constabulary force“ (342)	

6.4.2	Frankreich	343
	Zivil geführte Eingreiftruppen seit dem 17. Jhd. (343), eigen-mächtige, in sich heterogene Zivil-Administration (344), Kontinuität der administrativ-polizeilichen Disziplinierung (345)	
6.4.3	Resümee: Zu den Bedingungen der „Festungspraxis“ in Preußen	346
KAPITEL 7: Ausblick: Staatliche Gewaltsamkeit, Gewaltform und Herrschaft – Zu den Handlungschancen und Handlungsgrenzen der Bürokratie		348
7.1	Zur Funktionalität physischer Staatsgewalt	348
	Disziplin durch „stumme Zwänge“? (348), vom Kampf gegen die „niederen Volksklassen“ zum „sozialen Belagerungszustand“, L. v. Stein (349)	
7.2	Staatliche Gewaltsamkeit und „Habitusformen“	350
	„Festungspraxis“ und Analysefähigkeit der Beamten (350), Transfer in andere Verwaltungsbereiche (351), Folgen für die Beherrschten I: Identifikation mit den Herrschenden (352)	
7.3	Staatliche Gewaltsamkeit: Symbolische und physische Gewalt	353
	Bedeutung der Gewaltsymbolik und des „Rechtsstaates“ (353), Verwischen der Grenzen von privat und öffentlich (354), Folgen für die Beherrschten II: Infiltration der eigenen Widerständigkeit? (355), Definition der Systemgrenzen: der situative Definitionsvorsprung der Bürokratie (356)	
	Verzeichnis der Abkürzungen	357
	Anhang	358
	1. Bibliotheksverzeichnis Regierungspräsidium Minden	358
	2. Polizeidichte in Städten	358
	Exkurs	360
	1. Verkehrskreise und Geselligkeiten	360
	2. Gewerbeförderung und Notstandsmaßnahmen	363

Archivalien- und Literaturverzeichnis	366
1. Archivalien	366
2. Literatur	368
Bildquellennachweis	387
Summary	388